

Linken-Bundestagsabgeordnete Katrin Kunert informierte sich über die neue Verbandsgemeinde

## Mühsamer Start, doch mit der Zeit kommt die Erfahrung

Von Walter Mogk

Über den Start der neuen Verbandsgemeinde Beetzendorf-Diesdorf informierte sich am Montag die



Linken-Bundestagsabgeordnete Katrin Kunert bei Bürgermeisterin Christiane Lüdemann. Dabei kamen auch die Kürzungen bei den Finanzausweisungen des Landes zur Sprache.

Die altmärkische Bundestagsabgeordnete Katrin Kunert (Die Linke, 2. von rechts) tauschte sich mit Verbandsgemeinde-Bürgermeisterin Christiane Lüdemann (2. von links) über die ersten Erfahrungen mit der neuen Verwaltungsstruktur aus. Foto: Walter Mook

Beetzendorf. Wie stark die Verbandsgemeinde ( VG ) Beetzendorf-Diesdorf vom geänderten Finanzausgleichsgesetz des Landes betroffen ist, konnte Bürgermeisterin Christiane Lüdemann am Montag noch nicht sagen. " Unsere Kämmerei rotiert derzeit und ist mit der Erarbeitung des Haushaltsentwurfs

beschäftigt ", erklärte sie beim Besuch der altmärkischen Bundestagsabgeordneten Katrin Kunert. Die Linken-Politikerin, die zugleich kommunalpolitische Sprecherin ihrer Fraktion ist, wollte sich über die Verbandsgemeinde und den Start des neuen Gebildes informieren. Der sei gut verlaufen, allerdings befinde sich die VG noch in der Findungsphase, da zum einen der Verbandsgemeinderat gerade erst seine Arbeit aufgenommen hat und zum anderen Erfahrungen mit der Bewirtschaftung von Grundschulen, Kitas und Feuerwehren fehlen.

15 Kindertagesstätten, fünf Grundschulen, 42 Wehren und zwei Bäder befinden sich seit Anfang Januar in Trägerschaft der VG. " Wir haben zunächst die Haushaltspositionen der Mitgliedsgemeinden übernommen und müssen sehen, wie wir damit in diesem Jahr hinkommen ", erklärte Lüdemann. Gegebenenfalls sei es notwendig, im nächsten Jahr " hier und da den Rotstift anzusetzen ".

Ziel : Bäder erhalten

Bei den beiden in VG-Obhut befindlichen Bädern wolle man versuchen, über eine gewisse Zentralisation Sparpotenziale zu erreichen. " Das betrifft beispielsweise die Arbeit der Schwimmmeister und zusätzlicher Rettungsschwimmer oder den Einsatz von Chemikalien ", erläuterte die VG-Bürgermeisterin. Ziel sei es, die Bäder zu erhalten, man müsse jedoch zunächst Erfahrungen sammeln und sehen, wo das Engagement an finanzielle Grenzen stößt.

Was die Vielzahl der Feuerwehren betrifft, so habe man mit der Bestellung von acht Stellvertretern des VG-Wehrleiters ( für jede Mitgliedsgemeinde einen ) eine gute Lösung gefunden, um die Arbeit der Kameraden zu koordinieren. " Die erste Anlaufberatung, in der es um den Bedarf der Wehren, die Ausbildung und den Informationsfluss ging, fand auch schon statt ", informierte Lüdemann. Jetzt sei es wichtig, eine Satzung für die VG-Feuerwehren zu erarbeiten und auf deren Grundlage das Leitungsgremium zu wählen.

Lüdemann betonte, dass die Verbandsgemeinde neben Landeszuweisungen auch auf die Erhebung einer Umlage angewiesen ist, um die Ausgaben zu begleichen. Dabei sei darauf zu achten, dass den Mitgliedsgemeinden genug Geld übrig bleibt, um die nach wie vor dort bestehenden Aufgaben bezahlen zu können.

Linke-Landtagsabgeordneter Hans-Jörg Krause, der Kunert begleitete, riet der VG und den Mitgliedskommunen, sich mit den Kürzungen durch das FAG nicht zufriedenzugeben, sondern sich dem von Kalbes Bürgermeister Karsten Ruth geplanten Protest während des Besuchs von Innenstaatssekretär Erben am 9. April in Kalbe anzuschließen. " Man muss klarmachen, dass das so nicht geht. Die Gemeinden müssen das Geld dafür bekommen, um eine Grundinfrastruktur vorhalten zu können, egal wieviel Menschen in ihnen wohnen. Sonst können wir hier irgendwann das Licht ausknipsen ", sagte Krause.